Nr. 73 19. Jahrg.

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, 30. März 1920

Fernsprecher 21 868
Postscheckkonto Leipzig Nr. 14797

Bezugspreis: vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Musik. Beilage 10.20 M, Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.65 M, Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 1.40 M, im Reklameteil 3.50 M, Familien-Anzeigen 1.20 M. — Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Rüstet!

Der Parteitag des sächsischen Zentrums am Sonntag den 21. März hat nach dem Urteile aller Teilnehmer nicht nur einen befriedigenden, sondern einen geradezu glänzenden Verlauf genommen. Einmütig war man durchdrungen von der Notwendigkeit, auch hier in Sachsen dem Zentrumsgedanken zum Durchbruch und zum Siege zu verhelfen. Es darf aber natürlich nun damit nicht sein Bewenden haben, daß man in Zentrumskreisen mit Befriedigung auf diesen Parteitag, der auch in der Zentrumspresse außerhalb Sachsens große Beachtung gefunden hat, zurückblickt. Die Beschlüsse des Parteitages müssen von allen Anhängern der Zentrumspartei draußen im Lande, vor allem aber von den Ortsgruppen, in vollem Maße ausgewertet werden. Es gibt in dieser Hinsicht noch außerordentlich viel zu tun.

Der sächsische Zentrumsparteitag hat allen zum Ausdruck gekommenen Wünschen vollauf Rechnung getragen. Er hat der Reichstagsfraktion des Zentrums nahegelegt, bei Beratung von Gesetzen, die von einschneidender Bedeutung für das um seine Existenz ringende Handwerk sind, vor der Verabschiedung derselben Vertreter des Handwerkes zu hören, er ist dafür eingetreten, daß die Steuergesetzgebung des Reiches mehr als bisher eine den jetzigen Verhältnissen angemessene Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Festlegung der Steuerklassen vorsieht. In der Schulfrage ist ein Spezialantrag angenommen worden, wonach bei Beratung des Reichsschulgesetzes im Kirchen- und Schulausschuß der Fraktion auch ein Fachmann (Lehrer) aus Sachsen zugezogen werden möge. Es darf bei dieser Gelegenheit wohl erwähnt werden, daß diesem mit Recht zu einem Antrage formulierten Wunsche von der Zentrumsfraktion bereits vor einem Monat Rechnung getragen worden ist. Als Ende des vorigen Monats zu solchen Beratungen in Berlin mit der Zentrumsfraktion eingeladen wurde, gab der Fraktionschef Geheimrat Trimborn ausdrücklich dem Wunsche Ausdruck, daß außer dem Parteivertreter auch noch zwei besondere Sachverständige an den wichtigen Verhandlungen teilnehmen möchten. Es sind dann auch zu diesen Beratungen, die vertraulicher Natur waren, außer dem Schreiber dieser Zeilen als Vertreter der Zentrumspartei ein Vertreter der geistlichen Behörden und ein Vertreter des katholischen Lehrerverbandes erschienen. Der bedeutungsvollste Antrag, der auf dem sächsischen Parteitage angenommen wurde, war aber ohne Zweifel der des geschäftsführenden Ausschusses. Einstimmig hat der Parteitag danach die Politik der Zentrumspartei des Reiches gebilligt und sich ohne Einschränkung hinter die Fraktion gestellt. Der Parteitag hat dann insbesondere in dieser Entschließung der Fraktion für das entschlossene Eintreten in der Schulfrage gedankt. Weiter hat er erklärt, daß er allenthalben auf dem Boden der Verlautbarungen der Fraktion zu den jüngsten Ereignissen steht, und die Erwartung ausgesprochen, das Zentrum möge seinen ganzen Einfluß aufbieten, daß Revolutionäre von rechts und von links nach der ganzen Strenge des Gesetzes bestraft werden. Weiter wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Regierungsmitglieder des Zentrums jeden gewaltsamen Einfluß der Straße zurückweisen und nur Wünsche vertreten, die auf verfassungsmäßigen Wege geltend gemacht werden. Außerdem hat er an die Fraktion die Bitte gerichtet, das neue Wahlrecht nach Möglichkeit noch vor der Reichstagswahl zu verlangen.

Es erscheint uns notwendig, nochmals auf diese Entschließung zurückzukommen, weil sie maßgebend auch für die Zentrumspolitik in Sachsen ist und sein muß und Richtschnur sein soll für alle Zentrumsanhänger im Lande. Besonders erfreulich ist es, daß auch diese Entschließung auf dem Parteitage einstimmige Annahme fand. Inzwischen hat die Fraktion der Deutschen Nationalversammlung einen Aufruf an die Mitglieder der Zentrumspartei erlassen, welcher die Forderungen der Zentrumspartei zur Lage enthält. Diesen Aufruf, der in Nr. 71 der „Sächsischen Volkszeitung" vom Sonnabend den 27. März wiedergegeben wurde, empfehlen wir nachdrücklichst der Beachtung unserer Parteifreunde. Die vorgesehene Tagung des Vorstandes und des weiteren Ausschusses der Reichspartei konnte infolge der Wirren der letzten Wochen nicht stattfinden. Es ist erfreulich, daß die Zentrumsfraktion in der Nationalversammlung trotzdem sich rasch entschlossen hat, diesen Aufruf zu erlassen, den zweifellos Vorstand und Ausschuß der Reichspartei billigen werden. Im Namen der Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung ist der Aufruf vom gesamten Vorstand der Fraktion unterzeichnet. Es erscheint uns wichtig, das besonders zu betonen. Wir finden unter den Unterzeichneten auch den Namen des früheren Justizministers Exzellenz Dr. Peter Spahn, der vor seiner Berufung in Justizministerium bekanntlich Vorsitzender der Zentrumsfraktion war. Angesichts gewisser Vorgänge der letzten Zeit ist es besonders wertvoll, zu sehen, daß auch unter den Unterzeichneten der Name Peter Spahns sich befindet. Denn von gewissen Seiten ist mit seinem Namen eine Art Mißbrauch getrieben worden, und es ist gesagt worden, der so sehr um das Zentrum verdiente Parteiführer würde die Koalitionspolitik des Zentrums nicht billigen. Diejenigen, welche die Verhandlungen des Reichsparteitages des Zentrums im Januar noch nicht vergessen haben, wissen, daß das nicht richtig ist. Denn auch die Zentrumspresse hat auf die diesbezüglichen Ausführungen Spahns hingewiesen. Und wer an den Verhandlungen des Reichsparteitages teilgenommen hat, dem wird der Augenblick unvergeßlich sein, der die Ansprache Spahns brachte. Es war am letzten Tage nach den Referaten über die Kulturfragen, als Peter Spahn das Wort nahm und unter atemloser Spannung der Teilnehmer des Parteitages mit entschiedenen Worten die Notwendigkeit darlegte, der die Politik der Zentrumsfraktion entsprang, nicht zuletzt zur Sicherung der kulturellen Güter. In verschiedenen Kreisen ist dann auch Exzellenz Spahn mit der sogenannten von uns schon gekennzeichneten „Görreskorrespondenz", die sich mehr und mehr als ein Organ gegen die Zentrumspartei entpuppt, und gegen die erfreulicherweise auch auf dem sächsischen Zentrumsparteitage von einem Delegierten mit Entschiedenheit Stellung genommen wurde, in Verbindung gebracht worden. Wir können dazu erklären, daß Exzellenz Spahn jede Gemeinsamkeit mit dieser Korrespondenz abgelehnt und ausdrücklich bekundet hat, daß er ihr vollständig fern stehe.

Gerade der Aufruf der Zentrumsfraktion hat wieder deutlich dargetan, daß bei denjenigen, die da so viel von einer angeblichen Spaltung im Zentrum sprechen, der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Einig und geschlossen tritt die Zentrumsfraktion der deutschen Nationalversammlung vor die Wählerschaft, einig und geschlossen muß daher auch die Wählerschaft in den Wahlkampf eintreten. Mit großer Freude und Genugtuung wird man auch im ganzen Lande von der Kundgebung der auf dem Boden der Zentrumspartei stehenden Studentenschaft der Berliner Hochschulen gelesen haben, aus der wir das Wichtigste gestern mitteilten. Wir empfehlen den Ortsgruppenvorsitzenden sehr, sich die als Flugblatt erschienene Kundgebung von der Geschäftsstelle der studentischen Ortsgruppe in Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 18, kommen zu lassen, und dieses Flugblatt in möglichst großer Zahl zu verbreiten. Es ist geeignet, außerordentlich aufklärend zu wirken. Am Schlusse dieser Kundgebung der Zentrumsstudenten heißt es, die Studenten würden künftiger Neuorientierung durch die Zusage zu einer Partei der Gegenwart in keiner Weise den Weg verbauen. Und mit vollem Rechte wird dem folgender bedeutungsvoller Satz hinzugefügt: „Wir glauben nur, und das ist unser bewußter Unterschied von der Jugend, die sich mit lebhaftem Gestus heute überparteilich gibt, daß die Wiedergeburt und Neuformierung des deutschen Parteilebens aus den Kräften, die in den alten Gruppen lebendig sind, organisch herauswachsen muß."

Sowohl der Aufruf der Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung als auch die Kundgebung der Berliner Studentenschaft, soweit sie auf dem Boden des Zentrums steht, können wir als Auftakt zum Wahlkampf ansehen. Es darf nun auch bei uns in Sachsen nicht mehr gewartet, sondern es muß klar zum Gefecht gemacht werden. In einem Aufsatz: Eine „schwarze Armee", den wir an anderer Stelle dieses Blattes wiedergeben, wird bereits darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, in diesem Sinne nunmehr schleunigst tätig zu sein. Ueberall in den Ortsgruppen muß unverzüglich mit tatkräftiger Arbeit eingesetzt werden, wo noch keine bestehen, müssen neue gegründet werden. Auch an finanzieller Opferwilligkeit dürfen unsere Parteifreunde sich von keiner anderen Partei übertreffen lassen. Vor allem aber muß an allen Orten planmäßig gearbeitet werden. Dabei darf niemals vergessen werden, auch auf die Parteipresse hinzuweisen und für ihre weitere Verbreitung Sorge zu tragen. Darüber hinaus aber ist es von Wichtigkeit, daß auch unsere Anhänger, und alle die, welche für unsere Sache gewonnen werden sollen, von der reichlich vorhandenen Parteiliteratur Gebrauch machen bezw. ihnen dieselbe zugängig gemacht wird. Die Ortsgruppenvorsitzenden mögen sich dieserhalb unverzüglich einmal an das Generalsekretariat der deutschen Zentrumspartei, Berlin W. 8 Französische Straße 62, und dann auch an das Landesausschußsekretariat der preußischen Zentrumspartei, Berlin W. 9, Königgrätzer Straße 22, wenden. Was sonst noch zu tun ist in den einzelnen Ortsgruppen, das muß sich aus den örtlichen Verhältnissen ergeben; im übrigen steht das Parteisekretariat der sächsischen Zentrumspartei (Dresden-Altstadt, Holbeinstraße 46) jederzeit gern zur Auskunft zur Verfügung. Besonders wünschenswert erscheint es uns aber, daß wenigstens an allen größeren Orten den Parteifreunden Gelegenheit gegeben wird, sich Rat und Aufklärung zu holen. Das kann unseres Erachtens zum Beispiel geschehen durch die Einrichtung von Geschäftsstellen, die an mehreren oder wenigstens an einem Tage der Woche einige Stunden geöffnet sind und die also dann einen Zentralpunkt für die systematische Werbearbeit bilden würden.

Am Schlusse der Kundgebung der Berliner Zentrumsstudenten heißt es: „Das Reich, das sich unter unseren Augen zum neuen Leben durchdringen will aus dunkler Zeit und aus tiefster Not, braucht Liebe, Hingabe, Gemeinschaftsgefühl." Zu diesem Ziele wollen wir mitwirken und mitarbeiten auch im Sinne des Aufrufes der Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung: „Gleiches Recht für jeden Staatsbürger und jeden Berufsstand. Demokratie im deutschen und christlichen Geiste ist das politische Ideal, für das wir leben und sterben!" Darum Zentrumsanhänger, versäumt keine Stunde, rüstet zum Wahlkampf, der uns auch in Sachsen Erfolg bringen wird und Erfolg bringen muß, wenn nur jeder Zentrumsanhänger das große Ganze im Auge hat und seine Pflicht tut.

hsl.

Deutsche Nationalversammlung

Berlin, 29. März.

Die Rede des Reichskanzlers Müller:

Nachdem am 26. März der Rücktritt des Kabinetts erfolgt war, hat der Reichspräsident mich mit der Neubildung beauftragt. Ich habe nun die Ehre, dem hohen Hause die neue Regierung vorzustellen. Sie wird getragen von den gleichen Parteien, die in der Nationalversammlung sich zu einer Koalition vereinigt haben. Wir halten diese Koalition für den einzig tragfähigen Boden einer deutschen Politik. (Lebhafter Beifall.) An ihrer Erhaltung ist das ganze deutsche Volk mit seiner Existenz und mit seiner Zukunft interessiert. Der Reichskanzler hebt hervor, daß das Auswärtige Amt einen eigenen Minister erhalten wird. Er gedenkt dann des bisherigen Reichskanzlers Bauer und spricht ihm herzlichen Dank für seine Tätigkeit aus und fährt dann fort:

Die vornehmste Pflicht der neugestalteten Regierung wird sein, bis zu den Wahlen die Demokratie, die eben im Kampfe mit den reaktionärsten Putschisten und der Militärdiktatur sich als die stärkste Gewalt erwiesen hat, noch tiefer in die öffentlichen Einrichtungen der Republik hineinzufügen und zu befestigen. Wer mit Kapp und Genossen, sei es bei den Behörden oder in der Reichswehr, gemeinsame Sache gemacht hat, der muß verschwinden. Eidbrüchige haben keine Schonung zu erwarten. Mit eisernem Besen muß ausgekehrt werden. An die Stelle der Ausgemerzten müssen Männer treten, denen es mit dem Dienst für die Republik Ernst ist. Es muß eine Demokratisierung der Verwaltung eintreten unter voller Wahrung der Rechte der verfassungstreuen Beamten. Notwendig ist die Auflösung ungetreuer Heeresformationen und an ihrer Stelle die Schaffung neuer Verbände, die als eine wahrhafte Volkswehr unter Berücksichtigung aller Berufe gelten können, besonders unter ausreichender Beteiligung der Organisationen der schaffenden Stände. Das müssen die großen zu lösenden Aufgaben sein. Eine Demokratie ohne Demokraten ist eine innerpolitische und außenpolitische Gefahr. Daß wir eine Demokratie sind, das hat das rasche Ende des Kapp-Putsches bewiesen. Daneben muß das Werk der wirtschaftlichen Demokratie zu Ende geführt werden. Sobald der Unterbau fertiggestellt ist, kann der Reichswirtschaftsrat und der Reichsarbeiterrat in Tätigkeit treten. Der Ausbau der sozialen Gesetzgebung ist dringend geboten. Ein Schlichtungsgesetz ist vorbereitet. Eine großzügige Durchführung der Fürsorge für die Kriegsopfer ist heiligste Pflicht. Ein Versorgungsgesetz für Kriegsbeschädigte und -Hinterbliebene ist zur Vorlage im Kabinett fertiggestellt. Volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung für Arbeiter, Angestellte und Beamte muß geschaffen werden. Ein Arbeiter- und Beamtenrat muß schnellstens durchgeführt werden. Er muß freiwillig sozial ausgestaltet werden. Verwaltungsreform und Reform der Beamtenbesoldung muß ihren gesetzlichen Ausdruck finden. Bergwerke und Werke zur Erzeugung der Energie sind in öffentliche Bewirtschaftung oder unter staatliche Kontrolle zu nehmen. Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft ist bereits gesetzlich festgelegt. Die Beteiligung des Reiches am Kohlenbergwerk ist vorgesehen. Der nächste Schritt ist die Uebernahme des Kohlen- und Kalisyndikates. In der Landwirtschaft muß die Parole sein, wenn sie für und mit den Erwerbsständen arbeiten will: Für Schieber und Wucherer wird kein Platz sein. (Lachen rechts u. lebhafte Zurufe.) Lachen Sie nicht, es ist uns damit sehr ernst. Die neue Regierung übernimmt das Programm der alten. Ihre Arbeiten bedeuten keinen Bruch mit der Vergangenheit. Das Wichtigste aus ihrem umfangreichen Arbeitsprogramm wird bald erledigt werden können. Das hoffen wir, trotzdem die Arbeiten der Nationalversammlung frühzeitig abgebrochen werden müssen, weil nach dem Streich der Kapp und Genossen das Volk schleunige Abrechnung verlangt. Unser Ziel ist weiter loyale Erfüllung des Friedensvertrages, Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens und der Gemeinsamkeit zwischen den Völkern, Heranholung aller Hilfskräfte für den Wiederaufbau. Außenpolitisch bleibt unser Kurs derselbe, weil er sich bewährt hat. Wir haben gewissenhaft und unermüdlich uns der Waffen bedient, die der führen muß, der im Kräftespiel der Sphäre ist, der Vernunftgründe, der Ueberredung, der Vorschläge. Mit ihnen haben wir eine der schlimmsten Forderungen auf ein möglichstes Maß zurückgeführt, und was für die Zukunft wertvoller ist, wir haben allen Widerständen zum Trotz, etwas Vertrauen erworben, ein Vertrauen, das sich zweifellos durch die schleunige Abwicklung des Kapp-Putsches nicht vermindert, sondern gesteigert hat. Unsere Gegner aus der Kriegszeit müssen aber endlich einsehen, daß unser Volk nicht zur Ruhe kommen kann, wenn seine wirtschaftlichen und nationalen Lebensnotwendigkeiten unterbunden sind.

Wäre der Friede von Versailles ein anderer gewesen, hätte er den Grundsätzen entsprochen, für die die Völker der Entente gegen Deutschland in den Krieg geführt wurden, wäre dem deutschen Volke nicht über ein Jahr nach Abschluß des Waffenstillstandes hinaus unter Kriegsrecht das Atmen schier unmöglich gemacht worden, so wäre die Zahl derer, die sich von Herrn Kapp und seinem Wendo-Korf verführen ließen, weit geringer gewesen. In diesem Zusammenhange muß ich auf die letzten Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten eingehen. Er sagte, Frankreich wolle gegen Deutschland keine Politik des Hasses und der Rache führen, sondern nur Gerechtigkeit verlangen. Die Voraussetzung sei die Erfüllung des Friedensvertrages durch Deutschland. Dazu kann ich sagen, die deutsche Regierung ist seit Unterzeichnung des Vertrages von Versailles stets bemüht gewesen, alles zu erfüllen, was zu erfüllen überhaupt in ihrer Macht stand. Im übrigen ist auch nach meiner Auffassung eine Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiete unbedingt geboten, wenn sich Deutschland nicht wirtschaftlich und finanziell verbluten soll, was den wirtschaftlichen Ruin der übrigen europäischen Länder sicherlich zur unmittelbaren Folge hätte. Ohne ein lebensfähiges Deutschland kann Europa nicht leben. Herr Millerand verlangt Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit gebietet mir zu sagen, daß die deutschen Lebensinteressen nicht immer Berücksichtigung fanden, auch dort nicht, wo sie mit denen Frankreichs identisch waren. Dafür ein Beispiel aus letzter Zeit. Aus einigen Teilen des Ruhrgebietes kommen täglich Deputationen zur Regierung und schildern die fürchterliche Lage dort. Deshalb verhandelte die Regierung seit einigen Tagen mit den alliierten Regierungen, um für den Notfall eine stärkere Truppenmacht ganz vorübergehend in dem dortigen Gebiet zu verwenden, nur für den Notfall. Wenn eine friedliche Entspannung dort möglich ist, wie wir alle sehnlichst wünschen,